

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort.....</b>	<b>V</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis.....</b>	<b>XV</b>
<b>Einleitung.....</b>	<b>1</b>
<b>1.Kapitel Die deutsche Bundesstaatlichkeit im Prozeß der europäischen Integration.....</b>	<b>5</b>
A. Kollisionsbereiche der Bundesstaatlichkeit mit der europäischen Integration.....	7
I. Kompetenzverluste der Bundesländer.....	7
II. Ausübung der EU-Kompetenzen .....	8
III. Unionsrecht und nationales Recht.....	9
1. Innerstaatliche Geltung unionsrechtlicher Rechtsakte .....	10
2. Verhältnis von EU-Recht zu nationalem Recht.....	10
a. Verhältnis zum "einfachen" Regelwerk. ....	10
b. Verhältnis zum Verfassungsrecht.....	11
IV. Übertragung ursprünglicher Länderkompetenzen und deren Aufnahme im Unions-Vertrag.....	12
1. Art.23 Abs.1 Satz 2 i.V.m. Satz 1 GG, früher Art.24 Abs.1 GG, als grundgesetzliche Ermächtigung zur Übertragung von Hoheitsrechten an die EU/EG.....	12
2. Ermächtigungsgrundlagen unionsrechtlicher Kompetenzen .....	13
a. Einzelermächtigungen.....	13
b. Generalermächtigungen .....	14
c. Zuständigkeit nach den "implied powers".....	14
d. Rechtsprechung des EuGH .....	15
e. Art.F Abs.3 EGV .....	15
V. Beschränkte Beteiligung des Bundesrates.....	16
VI. Zuständigkeit zur innerstaatlichen Umsetzung des Gemeinschaftsrechts .....	16
1. Die Durchführungskompetenz .....	17

2.	Pflicht der Bundesländer zur Durchführung der EU-Rechtsakte .....	18
VII.	Verfassungsrechtliche Grenzen des Art. 23 Abs. 1 GG .....	19
1.	Prinzipien des Rechtsstaates, der Gewaltenteilung, der Demokratie und des Sozialstaates .....	20
2.	Bundesstaatsprinzip .....	20
VIII.	Mitgliedstaatliche Mitwirkungsbefugnis an der politischen Willensbildung in der Europäischen Union .....	21
1.	Zuständigkeit aus Art.24 Abs.1 GG .....	22
2.	Zuständigkeit aus Art.32 Abs.1 GG .....	22
B.	Beteiligung der Bundesländer an der politischen Willensbildung der Europäischen Union .. .. .	25
I.	Mitwirkung der Bundesländer als Kompetenzkompensation ....	25
II.	Entwicklung der Landes-Mitwirkungsrechte in Angelegenheiten der Europäischen Union .....	26
1.	Mitwirkung der Länder an der Bundeswillensbildung in Angelegenheiten des Europäischen Unionsrechts .....	26
a.	Das Zuleitungsverfahren .....	26
b.	Der Länderbeobachter ... ..	27
c.	Das Länderbeteiligungsverfahren .....	28
d.	Das Bundesratsverfahren nach Art.2 EEAG .....	29
e.	Die "EG-Kammer" im Bundesrat .....	31
f.	Verfassungsrechtliche Verankerung der Ländermitwirkung in EU- Angelegenheiten .....	32
(1)	Art. 23 NF GG .....	32
(2)	Das Gesetz über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union .....	35
2.	Mitwirkung der Länder an der EU-Willensbildung vor Inkrafttreten des Maastrichter Vertragswerkes .....	36
a.	Die Länderbüros in Brüssel .....	36
b.	Die Ländervertreter in EU-Organen gemäß Art.23 Abs.6 GG .....	37
c.	Der Beirat der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften .....	39
d.	Die Interfraktionelle Gruppe der lokalen und regionalen Mandatsträger des Europäischen Parlamentes. ....	40
III.	Lösungsansätze für eine künftig zu gestaltende Mitwirkung der Länder in EU-Angelegenheiten auf der Ebene des innerstaatlichen Rechtes .....	40
IV.	Mitwirkungskompetenz des Bundesrates gem. Art.50 GG .....	40

## 2.Kapitel Der spanische Autonomiestaat im Prozess der europäischen Integration .....

A.	Das spanische System Autonomer Gemeinschaften .....	43
I.	Geschichtlicher Abriß spanischer Territorialstrukturen .....	43
1.	Römer, Westgoten und Araber .....	43
2.	Das Spanien der Neuzeit .....	44

3.	Das 19. Jahrhundert .....	45
4.	Die II.Republik und die Franco-Diktatur .....	46
II.	Die Geburt des heutigen Verfassungsstaates.....	48
III	Die wesentlichen Inhalte der Verfassung von 1978 .....	51
IV.	Grundzüge des Systems Autonomen Gemeinschaften .....	53
V.	Die Autonomiestatuten .....	56
VI.	Der Autonomieprozeß.....	59
1.	Verfassungsrechtliche Vorgaben zur Erlangung der Autonomie .....	59
a.	Die Träger der Autonomie .....	59
b.	Die Initiativphase .....	60
(1)	Die "beschränkte" Autonomie .....	60
(2)	Die "volle" Autonomie .....	61
(3)	Das abgekürzte Verfahren.....	61
(4)	Sonderrechte .....	62
c.	Ausarbeitung und Verabschiedung der Autonomiestatuten. ....	62
(1)	Die "beschränkte" Autonomie. ....	62
(2)	Die "volle" Autonomie .....	62
(3)	Das abgekürzte Verfahren.....	63
2.	Der Autonomieprozeß in seiner rechtspolitischen Wirklichkeit .....	63
a.	Autonomie zweier historischer Nationalitäten, des Baskenlandes und Kataloniens. ....	64
b.	Der Autonomieprozeß im Umbruch.....	65
c.	Neuordnung und Abschluß des Autonomieprozesses mittels konzertierter Aktionen. ....	67
VII.	Die Kompetenzverteilung im Staat der Autonomen Gemeinschaften .....	70
1.	Das System im Überblick .....	70
2.	Träger der zu verteilenden Kompetenzen .....	72
3.	Das System der Zuständigkeiten, insbesondere der legislativen Gewalt.....	73
a.	Die Liste des Art.148 Abs.1 CE als Zuständigkeitsgrenze der beschränkten Autonomien.....	73
b.	Die nach Art.149 Abs.1 CE dem Staat vorbehaltenen Kompetenzen .....	76
(1)	"Ausschließliche" Zuständigkeiten des Staates.....	78
(2)	Legislativkompetenz des Staates.....	78
(3)	Zuständigkeit des Staates in der Grundlagengesetzgebung.....	79
(4)	Teilkompetenz des Staates.....	82
c.	Die doppelte Residualklausel, Art.149 Abs.3 S.1 und 2 CE. ....	83
d.	Die Prävalenzklausel, Art.149 Abs.3 S.2 2.HS CE.....	84
e.	Die Ergänzungsklausel, Art.149 Abs.3 S 3 CE.....	87
f.	Außerstatuarische Modifikationen des Systems der Kompetenzverteilung. ....	87
(1)	Die Legislativdelegationen gemäß Art.150 Abs.1 CE .....	88
(2)	Kompetenzübertragungen nach Art.150 Abs.2 CE. ....	88
(3)	Die Harmonisierungsgesetzgebung nach Art.150 Abs.3 CE.....	90

4.	Die Verteilung der administrativen Zuständigkeiten.....	92
5.	Die Verteilung judikativer Kompetenzen .....	93
6.	Kompetenzkonflikte zwischen den Autonomen Gemeinschaften und dem Staat .....	94
a.	Kompetenzstreitverfahren und Normenkontrollverfahren .....	94
b.	Interpretationsrichtlinien der Verfassungsrechtsprechung .....	95
7.	Aktueller Stand der Kompetenzenstruktur nach den Autonomievereinbarungen des Jahres 1992.....	96
VIII.	Die Finanzstruktur im Staate der Autonomen Gemeinschaften .....	98
IX.	Staatliche Einwirkungsmöglichkeit auf autonomes Handeln .....	100
1.	Die Kontrolle autonomer Ausführungen der Gesetze .....	101
2.	Der Regierungsdelegierte.....	102
3.	Der Staatszwang .....	102
4.	Die staatliche Intervention .....	103
5.	Der Gerichtszwang.....	103
X.	Mitwirkung der Autonomen Gemeinschaften an der staatlichen Willensbildung.....	103
1.	Senat .....	104
a.	Die verfassungsrechtlichen Regelungen.....	104
(1)	Die Zusammensetzung des Senates.....	104
(2)	Funktionen des Senates .....	105
(a)	Mitwirkung am Gesetzgebungsprozeß.....	105
(b)	Beteiligung an Verfassungsänderungen .....	105
(c)	Mitwirkung an der Kontrolle der Regierung.....	106
(d)	Mitwirkung bei besonderen Maßnahmen gegenüber Autonomen Gemeinschaften.....	106
(e)	Sonstige Zuständigkeiten .....	106
b.	Die Geschäftsordnung des Senates .....	106
c.	Die (partei-) politische Praxis .....	107
2.	Der Wirtschafts- und Sozialrat.....	108
3.	Außerkonstitutionelle Institutionen zur gemeinschaftlichen Mitarbeit ....	108
XI.	Kooperation im Staat der Autonomen Gemeinschaften .....	109
1.	Das Kooperationsprinzip .....	109
2.	Interregionale Zusammenarbeit .....	111
B.	Der spanische Autonomiestaat innerhalb der Europäischen Union .....	113
I.	Kollisionsbereiche des spanischen Systems Autonomer Gemeinschaften mit der Europäischen Integration .....	113
1.	Kompetenzverluste der Autonomen Gemeinschaften .....	113
2.	Unionsrecht und nationales Recht.....	115
a.	Die innerstaatliche Geltung unionsrechtlicher Rechtsakte .....	115
b.	Das Verhältnis von EU-Recht zur nationalen spanischen Rechtsordnung .....	116
(1)	Das Verhältnis zum "einfachen" Regelwerk .....	116
(2)	Das Verhältnis zum Verfassungsrecht .....	118

3.	Die Zuständigkeit für die Wahrnehmung auswärtiger Angelegenheiten .....	120
a.	Die ausschließliche Kompetenz des Staates nach Art. 149 Abs.1 Nr.3 CE.....	120
b.	Beteiligung der Autonomen Gemeinschaften bei der staatlichen Verhandlung internationaler Verträge.....	121
c.	Kontrolle internationaler Vertragsschlüsse durch die nationale Verfassungsgerichtsbarkeit auf Antrag der Autonomen Gemeinschaften.....	122
d.	Die Zuständigkeiten für die innerstaatliche Ausführung internationaler Verträge .....	123
4.	Art. 93 CE als Grundlage der Integration . . . . .	124
5.	Die Grenze der staatlichen Ermächtigung aus Art.93 CE .....	127
II.	Die Zuständigkeit zur innerstaatlichen Durchführung des Unionsrechtes .....	128
1.	Zuständigkeitsverteilung zwischen den staatlichen und autonomen Institutionen .....	128
a.	Alleinige Ausführungskompetenz des Staates .....	128
(1)	Aus dem Wortlaut der europäischen Rechtsakte.....	128
(2)	Aus Art.149 Abs.1 Nr.3 und 93 S.2 CE.....	129
b.	Aufgeteilte Zuständigkeit zwischen Staat und Autonomen Gemeinschaften.....	129
(1)	Zuständigkeit nach der jeweiligen Regelung in den Autonomiestatuten .....	130
(2)	Durchführungskompetenz "ratione materiae" .....	131
2.	Die Rechtsprechung des Verfassungsgerichtes .....	132
3	Die normative und administrative Praxis bei der Ausführung der europäischen Rechtsakte.....	132
4	Rechtstechnische Probleme bei der normativen und administrativen Ausführung des Unionsrechtes.....	133
5.	Vereinbarungen zwischen dem Staat und den Autonomen Gemeinschaften über die Modi zur Durchführung des Unionsrechtes.....	135
6.	Die Kontrolle autonomer Ausführung des Unionsrechtes durch den Staat .....	135
a.	Kontrolle autonomer Umsetzung der EU-Rechtsakte durch die staatliche Exekutive .....	136
(1)	Antragsrecht nach Art.161 Abs.2 CE.....	137
(2)	Staatszwang .....	137
(3)	Der Rat des Staates .....	137
b.	Kontrolle durch die staatliche Legislative.....	139
(1)	Die Harmonisierungsgesetzgebung nach Art.150 Abs.3 CE.....	139
(2)	Die Ergänzungsregelung des Art.149 Abs.3 S 3 CE.....	140
c.	Gerichtliche Kontrolle .....	141
(1)	Kontrolle des Verfassungsgerichtes .....	141

(2)	Die Verfahren vor der Verwaltungsgerichtsbarkeit .....	142
d	Zusammenfassende Bewertung der staatlichen Kontrollinstrumentarien .....	142
III.	Beteiligung der Autonomen Gemeinschaften in Angelegenheiten der Europäischen Union.....	143
1.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung einer solchen Beteiligung .....	143
2.	Das Kollaborationsprinzip - Angelpunkt zur autonomen Beteiligung in Unionsbelangen .....	147
3.	Status-Quo der autonomen Beteiligung in europapolitischen Angelegenheiten .....	149
a.	Mitwirkung an der nationalen Willensbildung.....	149
(1)	Die Rolle des Senates .....	150
(2)	Die Abkommensentwürfe der Jahre 1985 bis 1987 .....	150
(a)	Der Entwurf von 1985 .....	151
(b)	Stellungnahmen der Autonomen Gemeinschaften .....	151
(c)	Der Entwurf von 1986 .....	153
(d)	Der Entwurf von 1987 .....	153
(3)	Die Sektorenkonferenzen .....	154
(4)	Vorschlagsentwürfe zur Fortführung der Beteiligungsfrage .....	156
(5)	Aufnahme der Beteiligungsfrage in den Autonomieverträgen von 1992 .....	157
b.	Direkte Beteiligung an der europäischen Willensbildung.....	158
(1)	Die Brüsseler Repräsentationen.....	158
(2)	Die Beobachter der Autonomen Gemeinschaften .....	160
4.	Lösungsansätze für eine künftige Beteiligung der Autonomen Gemeinschaften an der nationalen Willensbildung in EU- Angelegenheiten .....	162

### **3.Kapitel Die Regionalbeteiligung an der europäischen Willensbildung im Maastrichter Vertragswerk und über diesen hinausreichende Lösungsansätze.....**

A.	Die Neuerungen mit den Verträgen von Maastricht.....	165
I.	Das Subsidiaritätsprinzip .....	165
1.	Grundzüge.....	165
2.	Berücksichtigung im Gemeinschaftsrecht vor Inkrafttreten des Unionsvertrages .....	168
3.	Aufnahme in das Maastrichter Vertragswerk.....	168
4.	Auslegung des Art. 3 b Abs.2 EGV .....	170
5.	Subsidiaritätsprinzip und Anerkennungsprinzip .....	173
6.	Justitiabilität.....	175
7.	Zusammenfassende Beurteilung.....	176
II.	Regionalorgan der Europäischen Union .....	178
III.	Unionsrechtliche Normierung des "Ländervertreters" .....	180

B.	Lösungsansätze in der Auslegung bestehenden und Setzung neuen Rechts .....	181
I.	Restriktive Auslegung der Generalermächtigung, Art.235 EGV .....	181
II.	Pflicht der Union zur Rücksichtnahme auf föderale Verfassungsstrukturen aus ungeschriebenem Unionsrecht und Auslegung des Art.5 EGV .....	182
III.	Klagerecht der regionalen Ebene vor dem EuGH .....	184
<b>4.Kapitel Zusammenfassung und Ausblick.....</b>		<b>187</b>
A.	Der föderative Bestand in Spanien und Deutschland .....	189
I.	Zusammenfassende Bestandsaufnahme .....	189
II.	Ausblick .....	192
B.	Die Beteiligung an der staatlichen Willensbildung in EU-Angelegenheiten .....	193
I.	Die deutschen Bundesländer .....	193
II	Die Autonomen Gemeinschaften Spaniens .....	194
C.	Unmittelbare Regionalbeteiligung an der Europäischen Willensbildung.....	197
I.	Status Quo.....	197
II.	Ausblick.....	198
1.	Bedeutung einer europäischen Regionalisierung .....	199
2.	Bestimmung der Regionen .....	202
3.	Prämissen für eine europäische Regionalisierung .....	203
4.	Konzeption einer europäischen Regionalisierung .....	204
<b>Nachwort .....</b>		<b>207</b>
<b>Literaturverzeichnis.....</b>		<b>209</b>
<b>Anhang.....</b>		<b>223</b>